



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/258 - 8. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|--|------|
| Das Echo im Bundestag | S. 1 |
| Bombay starrt auf Suez | S. 3 |
| Speaks frostiger Abschied von Moskau | S. 4 |
| <u>Anhang:</u> Entschliessung des SPD-Vorstandes zur internationalen Lage | |

Übereinstimmung und Gegensätze

sp. Die ausserordentliche Bundestagssitzung vom 6. November, die zu den aufwühlenden Ereignissen der letzten Wochen und Tage Stellung zu nehmen hatte, tat dies in einer eindrucksvollen, nach Inhalt und Form durchaus angemessenen Weise. Der Abgeordnete Dehler zeichnete sich dabei, wie man das bei ihm gewohnt ist, wieder durch ein beachtliches Mass an Temperament und politischer Leidenschaftlichkeit aus.

Hauptkennzeichen dieser Tagung war die weitgehende Übereinstimmung der Ansichten aller politischen Richtungen bei der Beurteilung des grundsätzlichen Sachbestandes, wie er heute nach dem bisherigen Ablauf der bisherigen Ereignisse in Ungarn und Ägypten gegeben ist:

Gemeinsamkeit in der Verurteilung der brutalen sowjetischen Einmischung in Ungarn und auch der britisch-französisch-israelischen Aggression in Ägypten, wenn hier freilich die Akzente bei der Regierung und ihren Parteien andere gesetzt wurden als bei der Opposition;

Übereinstimmung selbstverständlich auch darüber, dass den Opfern der Aggression soweit irgend möglich rasche und wirksame Hilfe zu bringen sei;

die Einsicht, dass allein die Stärke der UNO eine Wiederholung ähnlicher Vorgänge vermeiden könne, und dass alles getan werden müsse, um eine höhere Effektivität dieser grössten internationalen Organisation zu erreichen;

damit verbunden die Anerkennung des Grundsatzes, dass Recht

8. 11. 1956

und Freiheit unteilbar sind und die Grossen dieser Erde sich nicht anmassen dürfen, international gesetztes Recht dann zu brechen, wenn es ihren national-egoistischen Interessen entspricht;

die allgemeine anerkannte Notwendigkeit, auf lange Sicht mit der Sowjetunion nicht nur im Gespräch zu bleiben, sondern ihre Mitwirkung bei der Lösung der deutschen Schicksalsfrage zu suchen;

der Verzicht auf jede Gewaltpolitik, deren schändliche und verderbliche Wirkungen wir in diesen Tagen erlebten.

So sich allerdings die Erklärungen von der direkten Beurteilung der Vorgänge in Ungarn und Ägypten entfernten, wo sie den Ursachen für die gegenwärtige internationale Situation nachspürten, wurden Meinungsverschiedenheiten sichtbar, die vor allem in dem jahrelangen aussenpolitischen Gegensatz zwischen Regierung und Opposition begründet waren. Insofern stellten sie keine Überraschung dar. Als Beispiel dafür sei u.a. auf die Behauptung der Bundesregierung hingewiesen, dass sich gerade an den letzten Ereignissen die Richtigkeit ihrer Aussenpolitik gezeigt habe. Eine auch nur einigermaßen überzeugende Begründung dafür blieb freilich aus. Im Gegensatz zu der Kanzlerbehauptung haben nach sozialdemokratischer Auffassung die Ereignisse vielmehr gezeigt, dass das Kernstück der Regierungspolitik, die Politik der Stärke, nur allzu leicht in militärische Eigenmächtigkeiten ausmündet, durch welche die Gefahren, die zwischen den Völkern bestehen, nur erhöht werden. Die Regierung ist entschlossen, eben weil sie sich "bestätigt" fühlt, von ihrem Weg nicht abzulassen, sie wird weiterhin ihre ganze Energie auf den Ausbau der NATO konzentrieren, eines Militärbündnisses also, das einen Teil des deutschen Volkes von dem anderen Teil durch tiefe Gräben trennt und das sich als unwirksam für die Wiederherstellung der deutschen Einheit erwiesen hat. Einerseits will die Regierung - und hier kann sie sich auf die Zustimmung des ganzen deutschen Volkes berufen - den Kontakt mit der Sowjetunion nicht unterbrechen, erkennt sie die Binsenwahrheit an, dass ohne ihre Mitwirkung der Brandherd der deutschen Spaltung nicht ausgelöscht werden kann, auf der anderen Seite aber verbaut sie sich durch ihre fragwürdige Politik der Stärke diese Möglichkeit.

An diesem unheilvollen Widerspruch krankt die Politik der Bundesregierung, ihr Blick ist nicht auf die neue Wirklichkeit gerichtet,

die sich unter Blut und Tränen vor unseren Augen entfaltet; eine neue
heranbrechende Zeit, in der die Grossen dieser Welt genötigt sind,
alte Vorstellungen zu revidieren, nach neuen Wegen Ausschau zu halten,
beantwortet Bonn mit überholten Methoden und Zielsetzungen. Der
deutsche Beitrag für die Befriedung einer aufgewühlten Welt kann nicht
in der Stellung von atomar ausgerüsteten Divisionen bestehen; daraus
spricht eine politische Grundhaltung, die in unvereinbarem Gegensatz
zu den deutschen Lebensnotwendigkeiten steht und die Spannungen in
der Welt steigert, statt sie zu mindern.

Wir brauchen eine Neuorientierung der deutschen Politik, sie ist
unvermeidlich. Ihr Ziel muss sein, dem Westen und dem Osten die Furcht
vor einem wiedervereinigten Deutschland zu nehmen. Der Weg dorthin
aber ist nicht zu erreichen ohne die Auflösung der bestehenden Mili-
tärblöcke. Es ist tragisch, dass sich die Bundesregierung noch heute
einer solchen Erkenntnis verschliesst, denn sie allein enthält den
Schlüssel für jene Entspannung in der Welt, ohne deren Wirksamkeit
das Verlangen der unterdrückten und gespaltenen Völker nach Freiheit
und Unabhängigkeit unerfüllt bleiben muss.

+ + +

Dank an Anna K é t h l y

Der Vorstand der SPD in München richtete an Anna Kéthly,
die Führerin der ungarischen Sozialdemokratie, die derzeit in
den USA weilt, folgende Grussadresse:

Liebe Genossin Kéthly,
aufgerüttelt und tief bewegt durch den Aufstand der freiheits-
liebenden Frauen und Männer Ungarns gegen die totalitäre Vorherr-
schaft der Sowjetunion gedenken die Münchner Sozialdemokraten der
ungezählten Opfer, die dieser heldenmütige spontane Kampf gefordert
hat. In der jahrzehntealten Auseinandersetzung zwischen demokratischem
Sozialismus und kommunistischem Totalitarismus hat sich in Ungarn
wieder einmal erwiesen, dass es keinen Sozialismus ohne Demokratie
geben kann.

Seit der Eroberung Georgiens durch sowjetische Truppen und noch
mehr seit der mit Hitler vereinbarten Teilung Polens hat sich das
kommunistische Regime als Träger einer neuen, nur schlecht mit anti-
kolonialistischen Phrasen verkleideten, kolonialimperialistischen
Macht erwiesen. Ungarns heldenmütiger Aufstand war und bleibt das
Symbol der Rebellion gegen nationale und politische Unverdrückung
für alle demokratischen Sozialisten.

Die Münchner Sozialdemokratie grüsst in Deiner Person, die Du
selbst den Preis der Freiheit für Deine sozialdemokratische Über-
zeugung entrichtet hattest und nunmehr ungebeugt den Kampf wieder auf-
zunehmen bereit warst, alle ungarischen Sozialdemokraten, die in
Jahrzehnten harten Kampfes bewiesen haben, dass sie sich weder dem
weissen noch dem kommunistischen Terror zu beugen gewillt sind.

Der Vorstand der SPD München

+ + +

Asiatische Sozialisten vor schwerer Entscheidung

Von unserem Sonderkorrespondenten Heinrich Braune

Bombay, Anfang November 1956

Unter den unerwartetsten Umständen begann in diesen Tagen in Bombay, Indiens grösster den Westen zugewandter Hafenstadt, die Konferenz der asiatischen Sozialisten.

Als Erich Ollenhauer in Düsseldorf ins Flugzeug stieg, um als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale die asiatischen Bruderparteien zu begrüessen, ahnte noch niemand, unter welcher dramatischen Wendung die Weltpolitik nach wenigen Tagesrunden stehen würde. Als in Zürich der österreichische Vizekanzler Adolf Schärf zu der nach Asien fliegenden Reisegesellschaft stiess, der als Delegierter der Internationale gleichfalls Bombay als Ziel hatte, kreisten alle Gespräche noch um die ungarischen Ereignisse.

Der Flugplatz von Abadan im Persiens Ozentrum - heute bereits für den zivilen Luftverkehr gesperrt, brütete noch verlassen in der Sonne. Ganze drei Soldaten übten vor ihrer Wache. Die Gewehre hatten sie müssig ins Gebüsch gelegt. Nichts, aber auch gar nichts liess darauf schliessen, dass der ernsteste Konflikt, in den sich die arabische Welt gestürzt sieht, unmittelbar vor der Tür stand.

In Karachi, der aus der Wüste gestampften Hauptstadt des streng islamischen Landes Pakistan, wurde es schnell anders.

Bei den Empfängen für Erich Ollenhauer und Österreichs Vizekanzler beim Aussenminister und Staatspräsidenten Pakistans überschattete der israelische Angriff bereits jedes Gespräch. Und eine Diplomatenparty zu Ehren der beiden europäischen Sozialisten im Garten des Gästehauses des Staates, das ihnen für ihren 48-stündigen Aufenthalt zur Verfügung gestellt war, wurde unversehens zum Forum einer weltpolitischen Diskussion aus asiatischer Sicht. Vertreter arabischer Staaten, zum Teil im wallenden Burnus, sprachen sich deutlicher und drastischer über die möglichen Hintergründe der Ereignisse aus, als die nachdenklich dreinschauenden Diplomaten europäischer Staaten. Der Geschäftsträger der chinesischen Volksrepublik, die Pakistans Ministerpräsident

gerade besuchte, war ein ungewöhnlich beehrter Gesprächspartner.

Das steht fest: Für Asien scheint der Suezkanal viel näher zu liegen als für uns. Er bedeutet ein gefährliches Symbol, und mit unverhohlener Leidenschaft wird hier Partei genommen.

Wie wird die Konferenz der sozialistischen Parteien Asiens in Bombay auf die Ereignisse, deren Entwicklungen noch völlig im Dunkel liegen, reagieren? Für alle asiatischen Sozialisten, die die Völker von mehr als einer halben Milliarde Menschen vertreten, bedeuten die Ereignisse am Suez eine ausserordentliche Ernüchterung, abgesehen von der tiefen Beunruhigung für den Weltfrieden.

Von der Entscheidung in Bombay in den nächsten Tagen hängt viel davon ab, ob die Asiaten in Zukunft mit den weissen Völkern einen gemeinsamen Weg gehen oder sich in tiefer Enttäuschung von ihnen abwenden.

So kann denn auch die Mission der beiden europäischen Sprecher der Sozialistischen Internationale heute von einer weltweiteren Bedeutung sein, als bei der Planung der Reise überhaupt vorauszusehen war.

+ + +

Ein Aussenminister, der von nichts wusste ...

pt. Brüssel

Die Groteske neben der Tragödie Ungarns dürfte die Behandlung des belgischen Aussenministers Spaak durch seine russische Gastgeber sein, die dafür sorgten, dass Spaak sechs Tage lang nichts von den Ereignissen in Ungarn erfuhr. Nach Unterzeichnung eines russisch-belgischen Kulturabkommens in Moskau hatte Spaak sich mit zehn belgischen Journalisten in die sozusagen "Randgebiete der russischen Kultur" begeben. Östlich vom Ural und Kaspischen Meer flog er von Stadt zu Stadt der dort von der Sowjetherrschaft errichteten asiatisch-mohammedanischen Republiken. Er liess sich die Kultur der Usbesken, der Turkestaner, der Einwohner von Taschkent vorführen. Malerische Volkstänze, urasiatische Weisen, kaukasischer Wein und die Schönheiten von Samarkand begrüsst die belgischen Gäste und hörten sich die hohen Worte von Kulturverbrüderung an, mit denen der belgische Aussenminister für die gross-

artigen Darbietungen dankte. Weder die Dolmetscher noch die wenigen hohen Moskauer Beamten, die Spaak und seine zehn Journalisten begleiteten, sagten auch nur ein Sterbenswort davon, dass in Budapest die Gewehre knallten, die Tanks rasselten, Verwundete schrien und Gefallene die Strassen bedeckten.

Erst als man in das europäische Russland zurückkehrte und in Stalingrad grossartige Autos bestieg, gelang es einem Journalisten, einen Schweizer Sender zu fangen, der einen Hilferuf für Budapest in die Welt sandte. "Wir fielen aus allen Wolken", schreibt der Journalist. Man benachrichtigte Spaak. Er hielt zuerst die Schweizer Sendung für einen "Irrtum". Und die Russen zuckten nach wie vor mit den Schultern: sie wussten von nichts! Merkwürdige Verzögerungen ereigneten sich, als die Belgier sich mit Brüssel und der belgischen Botschaft in Moskau in Verbindung setzen wollten.

Als man schliesslich doch nach Moskau zurück war und der belgische Botschafter den üblichen feierlichen Abschiedsempfang gab, beschränkte Russlands Aussenminister Schepilow das Gespräch mit Spaak und seinen Journalisten auf den israelischen Angriff und das französisch-englische Vorgehen gegen Agypten. Vergeblich versuchten die Journalisten, das Gespräch auf Ungarn zu lenken. Lächelnd, das Wodka-glas in der Hand, lehnte man ab: "Eine kleine innerparteiliche Auseinandersetzung."

Die belgischen Journalisten sind sich darüber einig, dass die Unterzeichnung des belgisch-russischen Schlusskommuniqués und die vorgezogene Abreise der belgischen Gruppe - einen sichtlich irritierten Aussenminister an der Spitze - frostig und beinahe un-diplomatisch kurz verlief.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunat

Stärkt die Vereinten Nationen!

Entschliessung

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm am 7. November 1956 zur politischen Lage Stellung und erklärte:

Mit der Einstellung des Feuers in Ägypten ist die Gefahr vorläufig gebannt, die dem Frieden der Welt aus einer Ausweitung des Nahost-Konflikts drohte. Es ist jetzt dringend geboten, die in Ägypten eingedrungenen Truppen unverzüglich zurückzuziehen und durch die Vereinten Nationen die Gefahr neuer militärischer Zusammenstösse auszuschalten.

Nur die Vereinten Nationen vermögen den Schaden wieder gut zu machen, der dem Ansehen der Freien Welt durch die Aggression Englands, Frankreichs und Israels im Nahen Osten zugefügt worden ist.

Die Sozialdemokratische Partei appelliert an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, aus der schrecklichen Belastungsprobe, die für den Frieden der Welt mit dem Konflikt im Nahen Osten entstanden ist, alle Konsequenzen zu ziehen, um durch die Stärkung der Vereinten Nationen den Frieden und die Freiheit der Völker wirklich zu sichern. Die Politik der Stärke hat zu den militärischen Eigenmächtigkeiten geführt, deren verhängnisvolle Folgen durch die Kriegshandlungen im Nahen Osten deutlich geworden sind. Nur die Stärkung der Autorität der Vereinten Nationen kann den Frieden sichern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich voll und ganz für die endgültige Regelung des Konflikts im Nahen Osten mit friedlichen Mitteln einzusetzen und keine Unklarheit darüber aufkommen zu lassen, dass sie jede Störung verurteilen würde.

Nach wie vor aber fliesst Blut in Ungarn und die Lage in Mitteleuropa ist durch die brutalen Handlungen der Sowjetarmee gegen das ungarische Volk aufs schwerste belastet. Es ist höchste Zeit, dass dem Blutvergiessen in Ungarn Einhalt geboten wird.

Die Sowjetregierung wird sich von dem Verdacht reinigen müssen, als sei ihre Erklärung vom 30. Oktober 1956, in der sie den Abzug der

sowjetischen Truppen aus Ungarn in Aussicht stellte und eine grundlegende Änderung im Verhältnis der Sowjetunion zu den sogenannten Volksdemokratien versprach, nur zum Zwecke der arglistigen Täuschung des durch die jahrelange Unterdrückung in höchste Erbitterung getriebenen ungarischen Volkes veröffentlicht worden. Die Sowjetregierung muss endlich durch die Tat bekunden, dass ihre Versicherungen, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Nationen sollten nur auf den Grundsätzen der völligen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen, mehr sind als blosse Lippenbekenntnisse.

Nachdem die Sowjetregierung in ihrer Erklärung vom 30. Oktober selbst zugegeben hat, dass in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Ländern ihres eigenen Machtbereichs Verletzungen und Fehler vorgekommen seien, die das Prinzip der Gleichberechtigung beeinträchtigt hätten, muss sie endlich dem ungarischen Volk Gerechtigkeit widerfahren lassen, das durch jahrelange Missachtung seiner Rechte und seiner Menschenwürde in Verzweiflung und Erbitterung getrieben worden ist.

Schluss mit dem Menschenmord in Ungarn!

Die Sozialdemokratische Partei wird sich mit allen Kräften für die Unterstützung der Opfer und für die Heilung der Wunden einsetzen. Die Grenzen Ungarns müssen für Hilfsmassnahmen sofort geöffnet werden.

Sie fordert von der Bundesregierung die grosszügigste Unterstützung aller humanitären Hilfsaktionen zugunsten der Opfer der Gewaltakte in Ungarn und im Nahen Osten.

Für die deutsche Politik ergeben sich aus den Erschütterungen der letzten Wochen schwerwiegende Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn sich unser Volk mit Nachdruck für eine Neuorientierung der deutschen Politik entscheidet.

+ + +